

# Wort

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Ercheint viertags nach. Bezugspreis drei Monate 1000 M., durch die Post 1000 M. am Jahrs-Gebühr. Druck u. Verlag: Arbeiter-Gemeinschaft, o. Reg. Halle-Merseburg, o. Geb. Halle-Merseburg, 1. Januar 1923. Vertriebsstellen: Halle-Merseburg 12-14 u. 1-5 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT“ als Beilage

Der Bezugspreis beträgt 25 M. für den Halbjahres- und 50 M. für den Jahres-Preis. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage zu den Nummern 1 bis 12 enthalten. Halle-Merseburg, den 17. Januar 1923. Verleger: Arbeiter-Gemeinschaft, o. Reg. Halle-Merseburg, o. Geb. Halle-Merseburg, 1. Januar 1923. Vertriebsstellen: Halle-Merseburg 12-14 u. 1-5 Uhr

Einzelpreis 40 Mark

Mittwoch, den 17. Januar 1923

3. Jahrgang, Nr. 14

## Fort mit der Regierung Cuno!

40 Milliarden Mark den Grubenbaronen gepumpt! — Der Staat um 400 Milliarden geprellt!

In patriotischer Aufwallung ist das Kohlenbündel nach Hamburg versogen. Ein Teil, der geteilt werden soll. Aber auch eine Teil, deren mehrerer Charakter nicht mehr ist. Es scheint, daß die Furcht vor der Enttarnung dieser patriotischen Ueberredung Herrn Stinnes veranlaßt, deren Reich den Reich zu geben, über die Kohlenbarone Herr Stinnes zu legen. Herr Reich lang ist im getrigen Anblich der „D.M.Z.“. Ein schwerer und sühner Entschluß sei die Verlegung des Kohlenbündels. Von großen Gefahren „A. n. n.“ ist mehr für die Unternehmer als für die Arbeiter, sei er begleitet. Denn der Reich wird der Sache des Feindes ausgereicht.

Mit der Verlegung des Kohlenbündels sind auch gewisse Aktien verlegt worden. Zum Beispiel gewisse Aktien über die Kohlensteuer. Diese beträgt 40 Prozent. Jeder Arbeiter, der Kohle zum Heizen und zum Kochen kauft, zahlt mit dem Kohlenpreis vierzig Prozent Kohlensteuer. Das Kohlenbündel rechnet bei der Preisfestsetzung der Kohle diese 40 Prozent Steuern ein und soll diese Steuern an die Regierung abliefern, die die Regierung aus den breiten Massen herauspreßt.

Aber jetzt August hat das Kohlenbündel seinen Feindig Kohlensteuer abgeteilt. Die Reichsregierung, deren Wirtschaftsmittel der Sozialdemokrat Robert Schmidt war, hunderte der Kohlenbaronen die Abfertigung. Und die Regierung Cuno, die jetzt den Kohlenbaronen zur „Hilfsanmaßung von Betriebsmitteln“ eine 67 Prozentige Erhöhung der Kohlensteuer bewilligte, haben natürlich diese Kohlensteuer fort. Umgekehrt 35 Milliarden Mark haben die Kohlenbarone an nicht abgelieferten Steuern bisher (!) zurückgehalten.

In der Tat, es wäre peinlich, wenn den Franzosen die Aktien des Kohlenbündels in Eisen in die Hände gefallen wären. Es wäre peinlich, wenn die Aktien darüber veräußert würden. Die deutschen Arbeiter müßten aus diesem Beispiel zu deutlich sehen, daß der Landstreich der Bourgeoisie des Landes ist. In Hamburg, wo ich bin es der Regierung und den Kohlenbaronen, liegt das Geschäft der Kohlensteuer besser begraben. Es war sehr patriotisch, mit den Aktien nach Hamburg zu gehen.

Die Regierung der Bourgeoisie preßt unter dem Vorwand der Erfüllungspolitik dem Proletariat Milliarden über Milliarden Steuern heraus. Die Kohlenbarone verlangen von ihrer Regierung, daß ihnen, die keine Steuer zahlen, die Kohlenbarone des Proletariats zur Verfügung gestellt werden. Die Kohlenbarone bekommen die Erfüllungsmilliarden und die französischen Imperialisten das Ruhrgebiet. Die Bourgeoisie besteht und beträgt das Proletariat und verschuldet die Befehle des wichtigsten deutschen Wirtschaftsgeldes. Und die Regierung Cuno — und die Regierung Cuno ist die Regierung dieser Bourgeoisie!

Die Kommunistische Partei hat die Parteien des Proletariats zur Aktion des Generalstreiks zum Zweck der Regierung Cuno, anrufen. Sie erklärt den Arbeitern: Die Führer der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften wollen einen Kampf. Sie stehen an der Seite der Regierung Cuno. Aber der Kampf der Arbeiter hängt ab von dem Kampfwillen der Arbeiterschaft. Von diesem Kampfwillen hängt es ab, ob es der Regierung Cuno möglich sein wird, die ungeheuren Kosten der Nichterfüllungspolitik auf die Arbeiter abzuwälzen, so wie die ungeheuren Kosten der Erfüllungspolitik auf das Proletariat abzuwälzen wurden.

Von diesem Kampfwillen hängt es ab, ob die Regierung Cuno von den Arbeitern zum Rücktritt gezwungen wird und ob nur ihre Regierung bestimmt, was in Deutschland geschieht.

### Das Eingeständnis des Steuergeschäfts im Haushaltsauschuh

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 17. Januar.  
Am Haushaltsauschuh richtete der Abg. Herx an die Regierung eine Reihe von Fragen über die Einbringung von etwa 35 Milliarden Kohlensteuern für die Grubenbarone. Ein Vertreter des Reichsausschusses antwortete ihm, daß die Kohlensteuer für den Monat September schuldig, 46 Milliarden und von den 13 Milliarden, die sie für Oktober schuldig, 6,1 Milliarden sowie von den etwa 22,5 Milliarden für Dezember 11,2 Milliarden, also insgesamt der Betrag von 22 Milliarden an Kohlensteuer schuldig sei. Ein Obergeschäftsmann als Regierungsdirektor sprach von der großen Befürchtung der Finanzämter der Werte infolge der jetzt etwas rechtzeitiger erfolgenden Lohnzahlungen an die Arbeiter. Um den Lebensnotwendigkeiten der Gruben Rechnung zu tragen, habe die Regierung ihnen die eingehenden Steuerbeiträge gestundet. (Das wird in dem Moment geleistet, wo der Kohlenpreis gestiegen ist.) Das wird in dem Moment geleistet, wo der Kohlenpreis gestiegen ist. Ein Vertreter des Reichsausschusses antwortete ihm, daß im November nur 7 Milliarden Kohlensteuer eingegangen und 30 Milliarden Steuern den Grubenbesitzern gestundet seien. Danach sei der Gesamtbetrag der Kohlensteuer also fast 4 Milliarden an Kohlensteuer gestundet worden. Die Kohlenbarone, deren bisheriger Reichswirtschaftsminister Schmidt für die Schwandwirtschaft mitverantwortlich ist, sei noch in einer Fraktionsstellung Stellung nehmen wollen.

Das Verbrechen ist eingestanden!  
40 Milliarden Mark Kohlensteuern hat die Regierung den Kohlenbaronen gepumpt. Am Haushaltsauschuh des Reichstages hat die Regierung zugestimmt, daß sie seit August die Kohlensteuer gestundet hat.

40 Milliarden? Nein! Mehr!  
Als das Pumpenbündel begann, stand der Dollar auf etwa 700 M. Heute kostet der Dollar 1700 M. Was demnach von den hunderten Millionen als Kohlensteuer erträgt, von den Stinnes, Thälens, Daniel, Kläner, Krupp dem Reich vorantreiben wurde, war einmal so viel wert, als heute. Im Durchschnitt mögen jene 40 Milliarden Mark von den Darlehen bei jedem Stück Kohle, bei jedem Stroch Erz, das aus dem Erdofen kam, bei jedem Zehntelstücken, der von der Maschine geschnitten wurde, mit Kohlensteuern gepumpt worden sein. Die umfänglich so viel wert waren also heute. Wenn heute diese 40 Milliarden von den Kohlenbaronen auf Heller und Pfennig auf den Tisch gebracht werden — was haben sie dann verdient?  
400 Milliarden und mehr!

Dieser Satz erst wurde bekannt, daß die Arbeiter mehr als 80 Prozent aller Steuern aufgebracht haben. Da war von diesen Milliarden-Unterhaltungen noch nichts bekannt. Zoller, viel toller also ist die Wünderung der Massen. Schüttiger, reichlich schüttiger der Steuerbetrag der Reichen!

In voriger Woche haben dieselben Kohlenkönige, dieselben Milliardenbarone, den Kohlenpreis umgekehrt in die Höhe geholt. Handreichlich mit der Regierung, sie müßten Kapital in die Hände bekommen. Extrarohr, also den sie herauspreisen, indem sie die Massen zu Hunger und Kälte verurteilten. Willkürlich sind die Gewerkschaftsleiter, die der Preissteigerung zustimmten. Schuldig ist die Regierung, die die Maßstäbe über die Kohlenwirtschaft hat.

Und heute kommt dazu die Nachricht, daß die Stinnes, Thälens, Daniel, Kläner, Krupp die Zwangsgasse des Reiches benutzen wollen um ihm die Eisenbahn zu entreißen. Eine Milliarde jährlich wollen sie den Reich dafür hinwerfen. Die Milliarde um die sie heute schon das Reich, das Volk, die Arbeiterklasse geprellt hat.

Arbeiter! Seht Ihr jetzt klar?  
Die Kohlenbarone haben das Reich in die Finanzschwierigkeiten geführt, die zum politischen Bankrott geführt haben. Jetzt fordern sie den letzten Rest des Reiches (im schamigsten Profitinteresse) treiben sie das Volk in den Untergang.

Arbeiter! Wo sind eure Hände? Warum schlägt Ihr auf den Boden?

### Genante Aufforderung zur Organisation des Generalstreiks

(Eigene Drahtmeldung.)

Moskau, 17. Januar.  
Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wendet sich erneut durch die Genossin Zetkin, Genossen Kadei, Sedet und Newbold in einem offenen Brief an die Londoner, Wiener und Amsterdamer Genossenschaftsinternationale, den Reichstag des Generalstreiks über die Organisation des Generalstreiks im Falle der Kriegsgefahr durchzuführen. Dieser Fall ist durch die Vorgänge im Ruhrgebiet begründet. Darum schlägt die Kommunistische Internationale die sofortige Bildung eines Aktionskomitees vor und fordert die genannten Körperschaften auf, ihre sofortige Erklärung mitzutun. Als Termin für den Beginn internationaler Protestkundgebungen schlägt sie den 31. Januar vor. Die Vorbereitungen sollen dazu in einer Konferenz in Berlin am 21. Januar getroffen werden.

### Die Franzosen an der Ruhr

Dortmund besetzt

W.F.B. Dortmund, 16. Januar.

Am 11 Uhr 45 Minuten sind die ersten französischen Truppen in Stärke einer Infanteriekompanie in das Zentrum der Stadt eingerückt. Während des Einmarsches streifte ein Flieger über der Stadt. Tugend welche Zwischenfälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Weitere größere Truppenmassen folgen zu Fuß und per Eisenbahn. Heute mittag 1 Uhr wurde Dortmund aus von Süden her durch Kavallerie und Panzerwagen besetzt. Die Truppen nahmen am Südbahnhof Aufstellung. Der Einmarsch vollzog sich in aller Ruhe. Auf den Straßen von Barop nach Dortmund sind französische Truppen im Anmarsch. Von der in Weiter liegenden Kavallerie ist ein Teil nach Dortmund, ein anderer nach Schwerte unterwegs. Das in Vorhülle liegende Detachement französischer Kavallerie ist nach Dortmund abgerückt.

Verdorbene und gebrochene hinter Refektorien. München, 17. Jan. Der wegen Hoherzates zu langjähriger Zellungsdauer verurteilte Landtagsabgeordneter Hagemeister ist in der Gefängnisstrafanstalt gestorben. Er hatte die Kästereipolitik in Bayern durchzuführen wollen.

Der frühere Premierminister London, 16. Januar. Bei den Straßenkämpfen in Dublin wurden acht Personen verwundet, sind hingerichtet worden.

Dollar 16930 Mark, steigend

### Franzreich besetzt das Ruhrgebiet, Stinnes die deutschen Eisenbahnen

Das deutsche Volk wird von der Bourgeoisie aufgepeitscht, in gewaltigen Demonstrationen den französischen Wachttruppen zu zeigen, daß auch Truppenmacht Grenzen hat. Hunderttausende Kleinbürger versammeln sich in den Straßen Deutschlands, entflammen vom erblichen Haß gegen den fremden Besatzer. Sie demonstrieren in ehrlicher Aufwallung ihrer Gefühle; denn sie werden nicht nur durch die geltenden Notakte der nationalitätlichen Presse in Bewegung gebracht, sondern durch die Wahrheit des Volkes. Der Dollar steht heute auf fast 17000 und wie er in ein paar Tagen stehen wird, weiß niemand. Heute ist es schon für einen Beamten, für einen Lehrer unmöglich, sich ein Pfund zu kaufen. Morgen wird die einfache Profrage zur Lebensfrage. Und der kleine Mann sieht die einzige Ursache seines Elends in den Reparationsforderungen und in der Gewalt des französischen Imperialismus.

In den Kontoren der Schwerindustrie herrscht große Freude: Die Mark ist wieder gefallen. Die Löhne der Arbeiter sinken automatisch. Wenn sie heute ein Sechstel des englischen Arbeiterlohnes ausmachen, so werden sie in ein paar Wochen den sechsten Teil von ihm gelten. Die deutsche Schwerindustrie kann wieder exportieren. Der Blutstreich des deutschen Kaisers hilft ihr wieder Milliarden beschaffen, nicht in der lumpigen deutschen Mark, sondern in der schönen goldwertigen Markendänemark. Das harte Gold steht ab und den Weg nach Deutschland; es heißt in den ausländischen Banken liegen. Die Schwerindustrie, die Herren Stinnes, Krupp, Daniel, Thälens, haben alle Ursache, den furor tonitruus zu entfachen; er bringt ihnen einen schönen Reibach ein.

Aber das alles ist noch eine Kinderlei. Das Schöne kommt noch. Am 9. Januar brachte der Pariser „Temps“, das Organ der französischen Regierung, die Meldung aus Luxemburg, daß deutsche Justizstelle, mit Stinnes an der Spitze, durch die Vermittlung luxemburgischer Industrieller sich an die französische Regierung mit der Erklärung gewandt hätten, sie würden der deutschen Regierung eine Anzahl von 18 Milliarden Goldmark unter der Bedingung garantieren, daß ihnen dafür die deutschen Eisenbahnen verpfändet würden. Diese Nachricht konnten wir nur beschlagen. Die französische Regierung ist auf dieses Angebot nicht eingegangen, weil sie keine Sicherheit hatte, daß wenn sie auf die Forderung von Eisen verzichtete, die deutschen Industriellen sich dann doch in die Hände schlagen würden. Jetzt Forderung des Ruhrgebietes, die Frau an die Gurgel der deutschen Schwerindustrie; dann wird sie schon in die Taube greifen.

Einen wurde besetzt. Und schon am 12. Januar bringt der „Menschliche Guardian“ folgende Nachricht der offiziellen Reutersagentur, eine Nachricht, die von der bürgerlichen Lügenpresse und von der Wollfischen Agentur zur Verbrümmung des deutschen Volkes fortwährend verheimlicht wurde:

Die Reuters-Agentur erzählt, daß es Gründe zur Annahme gibt, daß nachdem Frankreich durch die Besetzung der Ruhr den Ernst seines Willens demonstriert hat, es verfluchen wird, die Verhandlungen mit Deutschland über die Regulierung der Reparationsfrage von neuem zu eröffnen, in der Überzeugung, daß die Strenge des Autrites Frankreichs die deutsche Regierung zur Bezahlung gebracht habe. Man muß jetzt abwarten, ob dem die deutsche Regierung entsprechen wird.

Nun, der junge Mann des Herrn Stinnes, Paul Lenk, hat Sonnabends in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärt:

„Wir glauben nie daran, daß auf dem Wege von Verhandlungen Frankreichs Militärisches jemals zur Klärung des Ruhrgebietes gebracht werden kann... Verhandlungen sind also höchlich völlig aussichtslos und die deutsche Regierung ist daher in ihrem Bestreben zu bekräftigen, mit Frankreich jede Verhandlung abzulehnen, die schon formell durch den Vertragsbruch Frankreichs unmöglich geworden ist.“

Das war am Sonntag. Am Montagabend aber erklärte nach einer Meldung der „Wollfischen Zeitung“ Herr Poincaré den französischen Pressevertretern:

„Die französische Regierung habe Grund zur Annahme, daß die Reichsregierung baldigst zur Einlösung der von ihr begangenen Fehler gelangen werde. Die Industriellen des Ruhrgebietes würden sich dem französischen Vorschlag widersetzen, und es werde ihnen jedenfalls gelingen, die Regierung zu einer weniger nachgiebigen Haltung zu bringen.“

Herr Poincaré war also genau informiert über die Absichten des Herrn Stinnes, als dieser seinen journalistischen Herold, Herrn Lenk, vorhielt, um mit „patriotischen“ Tiraden den heroischen Widerstand der rheinischen Kapitalisten gegen den französischen Imperialismus in bengalische Beleuchtung zu legen. Denn an demselben Tage, an dem die Presse der Schwerindustrie die Bevölkerung zur Demonstration gegen Frankreich aufrief, als Studenten und Studentenführer mit dem schönen Liede: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ über die Straßen zogen, als in Bochum Todesopfer fielen, haben die deutschen Industriellen, mit Stinnes an der Spitze, sich hingestellt und sein häßliches Verlangen nach Niedergerichtetem.

Die deutsche Regierung liefert ihnen die Eisenbahnen aus, so daß wir wohl eine Anzahl von 20 Milliarden Goldmark garantieren, daß 1,1 Milliarden Goldmark jährlich zur Zinsenbedeckung gehen. Dieser Vorschlag wurde gleichzeitig der deutschen und französischen Regierung unterbreitet und keine von ihnen sagte nein, beide erklärten ihn für eine geeignete Verhandlungsbasis.

Die deutschen Arbeiter sagen: „Wir wollen keinen Krieg deshalb führen, weil Herr Stinnes und seine Kampagne es ablehnen, mit

# Sowjet-Russlands Appell an die Völker!

Ihren Drosseln herauszurufen, die deutsche Bourgeoisie hat den Krieg gemacht. Sie hat ihn verloren, möge sie nun zahlen." Herr Sinnes antwortete: "Das Land ist in Not, ich will nicht lumpen fallen. Ich gebe die Milliarden; aber verpändet mir dafür die Eisenbahnen!"

Das ist des Rubels Kern. In der Presse das Gehörte: Frankreich will Deutschland zerschlagen. Auf, ihr Männer, zum Kampf! Fort mit den fischen Eindringlingen! Sinter den Kullissen heißt es: Wer bekommt die Pfänder? Wer bezieht die Rente? Wer bezieht die deutschen Eisenbahnen?

Die Franzosen belegen das Ruhrgebiet, um die Moneten von Herrn Sinnes zu holen. Herr Sinnes erklärt darauf: "Wollt ihr meine Moneten, so lasse ich die Eisenbahnen und hole mit dem Geld von den deutschen Besitzern, von den deutschen Steuerzahlern, von der deutschen Volkswirtschaft."

Das ist die Lage. Den Rücktritt der Regierung Cuno, die mit dem französischen Imperialismus auf Kosten des deutschen Volkes stehende deutsche Schwermetalldarstellung die Eisenbahnen ausliefern will, zu erzwingen, das muß durch den entschlossenen Kampf des Proletariats morgen die Lage werden.

## Die Repto und Cunos Katastrophenpolitik

Paris, 17. Januar.  
Poincaré berichtet gestern dem Ministerrat über die Lage im Ruhrgebiet. — Die Reichsregierung wird heute die Melmelfrage besprechen. — Der geistliche Reichspräsident wohnt Brabant wegen Unmöglichkeit nicht. — Am verteilte der zweite englische Delegierte Coof. Auch der amerikanische Beobachter Sapper wird anwesend. Barthou wies die Notwendigkeit nach, offiziell von dem ausgeprochenen Wunsch Deutschlands Abt zu nehmen, sich von dem Tage der Entsendung der französischen Ingenieurmission ins Ruhrgebiet seinen Verpflichtungen zu entziehen. Der belgische Delegierte unterläßt ihr tatkräftig. Der italienische erklärte Deutschland habe keine Lieferungen an Asten nicht eingekauft. Hinsichtlich des Tabakbesandes der deutschen Verfassungen und der Opportunität ihrer Feststellung habe er seinen Vorbehalt zu machen. Coof erklärte, er werde sich der Abmündung enthalten.

Die Repto ist eine Kriegskontrollkommission mit, daß sie auf Grund der Einweisung der Kohlen und Viehlieferungen mit drei Stimmen gegen Stimmenmehrheit der englischen Delegierten eine Vernehmung feststellt und die alliierten Regierungen gemäß den Bestimmungen des Versailles Vertrages in Kenntnis gesetzt hat. Kurt Daxenmittelung ist die Vernehmung aber nicht bei den Holzlieferungen festgelegt. Im offiziellen Kommuniqué der Repto wird erklärt, daß die Abmündung deutscher Repto nicht mehr erforderlich erweise, da vorläufige Vernehmung offensichtlich sei.

## Drohung mit weiteren Sanktionen

Brüssel, 16. Januar.  
An der heutigen Sitzung nahmen von deutscher Seite teil Regierungssprecher Dr. Brünger und neun Vertreter der bedeutendsten Zehnen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, von französischer Seite General Simon, General Danjoux und im Namen der Kontrollekommission, General Simon teilte mit, die deutschen Herren hätten einen Befehl des Generals Degoutte entgegenzunehmen. Es verlas dann den Befehl, durch den die Zehnenbesitzer zum letzten Mal aufgefordert werden, die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien aufzunehmen. Als erste Sanktion für das Verbot der deutschen Regierung, Kohle zu liefern, sei Dortmund bezeugt worden. Sollte der Widerstand anhalten, so werden weitere Sanktionen er folgen.

## Belagerungszustand in Memel

Brüssel, 16. Januar.  
Durch eine Bekanntmachung der Litauer wurde der Belagerungszustand über Memel verhängt. Als Führer der freiwilligen Truppen zeichnete Sudens, Kommandant von Memel ist Woloski, ein früherer Memeler Stadtkommandant, Kommandant von Hebelberg ist Kalowits, von Bogdan Kautis, von Langensager Gernis, Oberbürgermeister Grabow ist seine Tätigkeit wieder aus. Der Waiuz des Oberkommissars ist neu ersonnen zum Anschlag der Memel. Heute nachmittag wurden die gefallenen Reichswehrkämpfer beerdigt. Ein einziger wurde aufgefunden. Heute nachmittag oder morgen früh sollen drei alliierte Kriegsschiffe einziehen.

## Rotwucher ohne Ende

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 16. Januar.  
Die Reichsgerechtsstelle teilt mit, daß sie mit Wirkung vom 15. Januar an die Abgabepflicht für die Zonne Roggen auf 197 000 Mehl, für die Zonne Weizen auf 212 000 Mehl herabgesetzt. Der Abgabepflicht für einen Doppeltentner Roggen beträgt daher 27 000 Mehl, für einen Doppeltentner Weizen 29 000 Mehl.

Wie immer wird von der Reichsgerechtsstelle diesem Beschluß ein längerer Kommentar hinzugefügt, durch welchen bewiesen werden soll, wie die Abgabepflicht für die Zonne Roggen ein Getreides zu der Verteuerung des Mehlens und des Brotes führe. Tatsächlich müssen aber die Preise von der Reichsgerechtsstelle herabgesetzt werden, weil die Regierung Cuno den Jüngern höhere Preise bewilligt hat und die Umlage vollkommen ungenügend ist. Als die Regierung Cuno ans ruder kam, teilte ein Warenbericht in Halle ab, was er unter der Leitung von Herrn Cuno, der gut, daß Herr Dr. Sieder, gegenwärtig Reichswirtschaftsminister der Regierung Cuno, nicht nur seinen Kollegen von der Kohlenindustrie (er ist Direktor der rheinischen Stahlwerke) die Kohlensteuer im Betrage von 40 Milliarden (tunnen) taun, sondern auch die Zurechnung seiner agrarischen Kollegen (er ist auch bester Agrarminister) wahrnimmt.

Der rotwucher der Zunter ist für die Arbeiterzeit untragbar. Nur ein Ende bereiten zu wollen, heißt aber den Rücktritt der Regierung Cuno zu erzwingen.

## „Mit einer starken Verteuerung der Lebenshaltung ist zu rechnen“

In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates, die von Dr. Sieder (DDBP) geleitet wurde, ist nach einer nationalpolitischen Erklärung des Gemeindeführers der Reichswirtschaftsratsminister Dr. Sieder. Er erklärte, daß die deutsche Regierung außerordentlich gemein sei, die verlangten deutschen Kohlenmengen rechtzeitig zu liefern. Demgegenüber muß ihnen jetzt festgelegt werden, daß die Kohlenlieferungen durch den deutschen Industriezweig mit Mehl lebender werden, selbst der belagerten Städte. In der Trauerung des Reichstages, Hermann Müller, erklärte nachdrücklich, daß die notwendigen Kohlenlieferungen durchzuführen gemein wären. Nach der Erklärung Sieders daß die Regierung vollkommen das Verhalten des Kohlenindustrials. Das ist sehr verständlich, denn die deutsche Regierung hatte das größte Interesse, daß die Kohlen der Kohlenindustrie nicht in die Hände der Franzosen fallen zu lassen. Mit Verbitdung erzählt Sieder, daß die Bergarbeiter Lieferungen verweigern. Dasselben Kohlenbarone, die die Bergarbeiter mit der Hungersnot gesungen haben, Überlichkeiten zu verfahren, haben jetzt den Bergarbeitern das Verhalten von Überlichkeiten verfahren. Für die deutsche Wirtschaft erklärt Sieder die Verteuerung des Kohlenindustrials von Eilen nach Hamburg für nicht gefährlich. Man wird Kohle einführen müssen, sie wird teuer sein, erklärt er zudem. Die Verteuerung muß mit einer gleichmäßigen Verteuerung der Lebens-

Die Armeen des imperialistischen Frankreichs sind in das Ruhrgebiet eingedrungen. Fremde Eroberer benutzten sich des industriellen Zentrums Deutschlands. Neue schreckliche Schläge werden dem deutschen Volk beigebracht, und ganz Europa steht wieder einmal unter der Drohung einer ganzamen internationalen Schlägererei. In diesem kritischen Augenblick kann das Aufstehen der Arbeiter und Bauern nicht zu weit gehen. Getreu seinem unauflösbaren Kampfe gegen den Militarismus, getreu seiner fähigen Verteidigung des Rechtes jedes Volkes auf Unabhängigkeit, getreu seiner Ausdauer zur Erhaltung, erhebt es von neuem seine entrüstete Stimme und seinen lauten Protest gegen das Verbrechen, das die französische Regierung zu begehen im Begriff ist.

Vor fünf Jahren wurde der vierjährige imperialistische Krieg durch den schändlichen und abtunden Vertrag von Versailles beendet. Dieser Vertrag hat vor aller Weltöffentlichkeit und vor der gesamten Welt die Hande der Staatmänner der Entente enthüllt. Während der Dauer des Krieges hatten sie im Angesicht aller Länder und aller Völker immer wieder erklärt, daß sie nur im Interesse der Freiheit und im Namen des Rechtes der Nationen auf ihre Selbstständigkeit kämpften. Kann war aber der Krieg zu Ende, vergaßen sie mit einer Schläge ihre Versprechungen und ihre „eblen“ Reden. Sie verjammerten sich in Versailles und bittern Deutschland einen in der Geschichte unerreichten Vertrag, der unversehbar beweist, daß die Staatmänner der Entente nicht an die Freiheit, sondern an die Trümmern, nicht an die Unabhängigkeit der Nationen, sondern an ihre ganzame Unterjochung dachten.

Nachdem der Vertrag von Versailles Deutschland gewaltsam eine Reihe seiner Provinzen genommen, nachdem er es aller Verteidigungsmittel beraubt hatte, wurde ihm noch fast seine ganze Handelsflotte, ein Drittel seiner Kohlenindustrie und drei Viertel seiner Eisenproduktion weggenommen.

Der Vertrag hat das deutsche Volk mit dem ungeheuren Druck der Reparationen belastet, d. h. mit den Zahlungen in Geld, in Kohle und in Waren für alle die durch den Krieg in Belgien und in Frankreich verursachten Zerstörungen.

Der Vertrag von Versailles hat für das deutsche Volk erdrückende Ketten geschmiedet und hat es auf Gnade und Ungnade den französischen Imperialisten ausgeliefert. Der Versailles Vertrag hat den Völkern der europäischen Völker zum Zermürdung erhoben und hat Europa in ein wirtschaftliches und politisches Chaos gestürzt. Das Aufstehen der Arbeiter und Bauern hat leinertig energig gegen den brutalen und unmännlichen Versailles Vertrag protestiert und hat die schrecklichen Konsequenzen voranschreit, die seine Durchführung für Europa und die ganze Welt nach sich ziehen würde. Seine Voraussetzungen haben sich in der Tat vollständig erfüllt. Die 4½ Jahre, die seit der Unterzeichnung des Friedens von Versailles verlossen sind, waren Jahre fortwährender Feindseligkeiten zwischen den Völkern — Jahre fortwährender Vermehrung der Kämpfungen — Jahre ununterbrochener Verschärfung des wirtschaftlichen Zerfalls Europas.

haltung rechnen. Der Reichswirtschaftsminister kündigt also an, daß die Kohlenlieferungen im Rahmen der nationalpolitischen Einheitsfront die Ruhrbesetzung, die sie provoziert haben, noch weiter auszuweiten wollen, um ihre Profite zu vergrößern. Die Regierung Cuno muß gezwungen werden, sofort zu erklären, was sie zu tun gedenkt, um dem Völkern auf allen Gebieten Einhalt zu tun.

## Deutscher Reichstag

(Eigener Bericht.)

Berlin, 16. Januar.  
Eingangs der Sitzung wurde die Genehmigung zur Straßenerfolgung unserer Genossen Höllein, Frölich, Kemmele und Koenen sowie der Sozialdemokraten Wittchow, Juchel und Moles vom Reichstag abgelehnt.  
In allen drei Reden wurde erobert ein Gehör über den Auslieferungsgesetz mit der Erklärung, daß die Reichsgerechtsstelle werden Anträge, die von uns und der ehemaligen UVPD, in der Sache des Dampfer Explosionsunfalls leinertig gestellt waren und die auf eine Abänderung der Reichsverfahrensordnung hinzielen, für erledigt erklärt.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse brachte es zu einer kurzen, lebendigen Debatte über die Pressefreiheit. Die Regierung schlägt in ihrem Gesetzentwurf vor, die Abgabe bei Spolenzulassen zur Veröffentlichung des Zeitungspapiers von 1/2 auf 1/3 Prozent zu erhöhen. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien fordert eine Erhöhung auf 2 Prozent. Die Sozialdemokraten beantragen, finanzielle Subventionen infolge, also die bei der Veröffentlichung von 20 Millionen Mehl für die Verwendung als Papierröhren in die Tagespresse. Weiter verlangen sie die Sicherstellung von monatlich 90 000 Raumer Meter Papierrohls, deren größten Teil die Länder zum Preise von 1000 Me, pro Raumer zu liefern hätten. Der Antrag, eine Erhöhung auf 2 Prozent vorzunehmen, wird angenommen, der Antrag der Sozialdemokraten dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Reichstag schaltete sich wieder einmal aus. Der Reichstagsrat beschloß in seiner Sitzung am Dienstag mit Rücksicht darauf, daß die Reichsregierung gegenwärtig durch die Besetzung des Ruhrgebiets sich in Anspruch genommen sei, die Sitzungen des Reichstags für diese und Anfang nächster Woche ausfallen zu lassen. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Donnerstag, dem 25. Januar, statt. Dann soll mit Hochnacht der Fertigstellung des Etats gearbeitet werden, möglichst ohne Pause bis gegen März.

## Roske verbietet!

(Eigene Drahtmeldung.)

Sankt Petersburg, 16. Januar.  
Die Niederländische Arbeiterzeitung „Sankt Petersburg“ hat einen Artikel über die Verhinderung der Arbeit für die Arbeiterregierung, in dem die Maßnahmen der Regierung Cuno kritisiert und die Mitglieder der Regierung beschimpft worden leien.

Unter der wohlwollenden Duldung der Polizei hat hier am Sonntag der Aufmarsch der Nationalsozialisten mit Gummiknüppeln, Schlagstöcken usw. stattgefunden. Er liefen sie sich von Millionen Schillingen in den Büchern den das gegen Frankreich und den nationalen Krieg predigen. Dann schlugen sie auf die Arbeiter, die aus der kommunistischen Kundgebung im Konzerthaus kamen, am Bahnhof und am Königsworther Platz los, wobei sich ein Geisteskranker Albert von der Fahne des Reiches an der Spitze, die Arbeiterführer bei den Nationalisten, Leinertig vorsetzte. Der Sonntag hat der Arbeiterstaat deutlicher denn je gezeigt, daß sie den Hakenkreuzlern mit der ganzen Kraft ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationsengereitungen und zu wirksamer Selbsthilfe stützen müssen.

Und die augenblickliche Regierung des imperialistischen Frankreichs hat sich nicht mit diesem Vertrag von Versailles begnügt. In ihrer unerschütterlichen Eroberungsgier hat sie selbst diesen Vertrag gebrochen, der auf ihre eigene Initiative zur Erzeugung des deutschen Volkes ausgearbeitet worden war. Von neuem haben die französischen Imperialisten das Schwert auf die Wagschale der Geschicke geworfen und gehen nun zur militärischen Besetzung der bedeutendsten industriellen Teile Deutschlands über. Dadurch haben die französischen Imperialisten die schwere Verantwortung für alle die Folgen auf sich genommen, die aus dieser empörenden und unmännlichen Vergrößerung entstehen werden.

Aber das imperialistische Frankreich ist nicht allein schuldig. Seine Missetaten hätten sich verhindern können, aber sie haben sich der Schöpfung der Tatsachen nicht widerzigt. Entweder nehmen sie aktiven Anteil an dem Einfall in das Ruhrgebiet oder sie wägen veräberzittert ihre Hände in Unschuld, indem sie sich auf leere Proteste und unnütze Demonstrationen beschränken. Deshalb ist ihre Verantwortung die gleiche. Die Verantwortung für alles, was sich ereignet wird, wird nicht nur die Regierung in Paris treffen — sie wird auch auf die Regierungen in London, Rom, Brüssel und Tokio zurückfallen.

Die Souveränität, das Recht des deutschen Volkes auf die Unabhängigkeit, die wir früher getreten worden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die so schon tief erschüttert war, hat von neuem einen tödlichen Schlag erlitten.

Ein schreckliches Elend und eine unerhörte Unterdrückung bedrohen die arbeitenden Massen Deutschlands, und die Verschärfung des wirtschaftlichen Chaos bedroht ganz Europa.

Die Welt ist erneut in jenen Fieberzustand geführt, der dem Krieg voranhebt. Durch den Vertrag von Versailles ist Europa in ein Pulverfaß verwandelt, über das die Zündkerzen tanzen.

In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Aufstehen der Arbeiter und Bauern von neuem seinen empörenden Protest gegen die wirtschaftliche Politik des imperialistischen Frankreichs und seiner Verbündeten. Von neuem protestiert es mit ganz besonderem Nachdruck gegen die Vergrößerung des Preis des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit. Von neuem warnt es mit ganz besonderer Energie die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr neuen Blutvergießens, die heute Europa bedroht.

Völker Europas, der Frieden ist in tödlicher Gefahr. Das Schicksal des Friedens liegt in Euren Händen.

Moskau, den 13. Januar 1923.

Der Präsident des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees Kalinin.

Der Sekretär des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees Capronom.

## Sozialdemokraten als Kampfgesossen der Faschisten in Württemberg

(Eigener Bericht.)

Stuttgart, 15. Januar.  
Die Kommunisten hatten am Donnerstag, dem 12. Januar, im Stuttgarter Gemeindefratsparteitag beantragt, den drohenden Einmarsch der französischen Truppen und die Maßnahmen der Arbeiterzeitung zu bekämpfen. Das in der Reichsliste der Sozialdemokraten beherrschte Gemeindefratsparteitag lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung, man solle nichts überlebens tun. Sie wägen die Weisungen ihrer zentralen Körperlichkeit ab. Das hinderte diese Herren jedoch nicht, am nächsten Tage bereits sich mit den Bürgerlichen zusammenzusetzen und entgegen dem Willen ihrer eigenen Parteimitglieder, eigene Kundgebungen zu veranstalten, zu einer gemeinsamen Kundgebung mit sämtlichen bürgerlichen Parteien für Sonntag vormittag aufzurufen. Man konnte das ergötzliche Bild in der Sonabendnummer der „Schwäbischen Tagwacht“ feststellen, daß auf der einen Seite zu einer eigenen Kundgebung aufgerufen wurde, auf der anderen Seite von dem Gemeindefratsrat abgelehnte kommunistische Antrag begründet wird und weiter hatten in einem Versammlungsbericht über die Mitgliederüberprüfung der Sozialdemokratischen Partei Stuttgarts Einpruch erhoben wird, gegen das eitelhafte Aufbringen der Bürgerpartei (nationalistisch) und auf der letzten Seite der gemeinsame Aufruf von der Sozialdemokratie bis zur bürgerlichen Partei zu einer gemeinsamen Demonstration steht.

Die kommunistische Partei konnte in dieser Situation nicht schweigen. Sie durfte nicht widerprüflos hinhinnehmen, daß Sozialdemokraten und Gemeindefratsrat verstanden, die Arbeiter neuerdings in die Einheitsfront mit der Bourgeoisie einzulassen. Sie hat aus diesem Grunde, ohne besondere Vorbereitungen, am Donnerstag, dem 13. Januar, am Sonntagvormittag auf den Stuttgarter Markt aufgerufen. Die Kundgebung war milder Erwartung sehr stark besucht. Während sich in dem Saal der „Vieherhalle“ die Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten und harten Abordnungen von Ministern und Mannschaften der Reichswehr ein Gemüllerei gaben und in einer Parteiverammlung auf dem Schloßhof der Faschistenführer Raßel zu einer kleinen Menge sprach, war auf dem Marktplatz das proletarische Element vertreten, jedoch in einer Stärke, die das Aufgebot aller anderen Parteien zu übersteigen schien.

In den Vertrieben Stuttgarts und im ganzen Lande ist innerhalb der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter Erregung gegen die Politik ihrer Führer festzustellen. Diese Erregung, die schon einige Zeit vorhanden ist, macht sich bemerkbar in dem organisatorischen Wachstum der kommunistischen Partei. In der letzten Zeit sind eine ganze Reihe von Organisationen in Württemberg zur kommunistischen Partei übergetreten. Einmal hat die Spaltung der Unabhängigen Partei als neutrale Arbeitervereine existieren. Weiter hat in den letzten Tagen eine alte sozialdemokratische Ortsgruppe, Lebenhausen bei Göttingen, ihren Übertritt zur kommunistischen Partei erklärt. Die Gründungen neuer Ortsgruppen stehen bevor. Die sozialdemokratische Presse Württembergs vermerkt offensichtlich, etwas aus den in ihren Reihen herrschenden Gegenständen in die Öffentlichkeit bringen zu lassen, doch kann sie die angeführten Tatsachen nicht aus der Welt schaffen.

Auch innerhalb der Kreise des Kleinbürgertums und teilweise auch innerhalb des Kleinbürgertums machen sich wachsende Sympathien für die Kommunisten bemerkbar.

Die Hoffnungen der liberalistischen Kohlenbarone. London, 16. Januar. Nach einer Meldung aus Johannesburg hofft man, daß der südafrikanische Steintohlenhandel infolge der Besetzung des Ruhrgebiets sich wieder erholen werde. Der Streit im Ruhrgebiet im vergangenen Jahre hatte für den südafrikanischen Kohlenhandel den Verlust des schätzhaften Marktes zur Folge, und die britischen Bergwerke verließen gegenwärtig Indien und den Fernen Osten mit einem großen Teil ihrer Steintohlen. Wenn aber der europäische Markt die englischen Kohlen dringend benötigt, hofft man, daß die Bergwerke von Natal und Transvaal wieder nach dem asiatischen Markt liefern.



Am Hofe des Wendenburgischen Ritterrates in Hedersleben... Ein vorangegangener Streik war die Ursache...

Das es binnen kurzem das große, etwa 50 Meter lange und 17 Meter breite Gelände völlig ergriffen hatte...

Aus der Jugendbewegung
Unterbesitz Bitterfeld-Deilich
Am Sonntag, dem 21. Januar, findet im „Rindenhof“ zu Deilich...

Bestreitung der Halle-Vereine
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Berammungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Verkauf
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
geeignet für alle Arten von Wäsche.

Kaufe
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-Platin
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Gold-, Silber-, Platin-
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Modeseitungen
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Stadt-Theater
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Herren-Wäster u. Raglans
Halle a. S. Halle, Verbandsrat, 14. Jan. 1923...

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.

Jugend-
schriften
empfehlen die
Halle-Vereine.



